

Internationaler Club La Redoute

19 Juli 2011

„Quo vadis Britannia?“ Außen- und Europapolitik der

konservativ-liberaldemokratischen Koalition

Sehr geehrter Herr Dr. Burstedde,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist schön wieder einmal in Bonn zu sein. In der Stadt,

wo ich Ende 1973 ankam, um den zweiten Teil des

Auswahlwettbewerbs des Auswärtigen Amtes zu bestehen

und wo ich gleich feststellen musste, dass ich „totally

underdressed“ war.

Das war offenbar kein großes Handicap. Für die nächsten 25 Jahre blieb Bonn der Bezugspunkt für meine Familie und mich.

Bonn ist aber auch die Stadt, wo die grundlegenden Entscheidungen für die deutsche Außenpolitik der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg fielen: die Westintegration, die Mitgliedschaft in der NATO und der Weg in die europäische Integration bis hin zur Europäischen Union.

Fünf Wochen nach meinem Eintritt in das Auswärtige Amt trat Willy Brandt als Bundeskanzler zurück. Er hatte maßgeblich dazu beigetragen, den französischen Präsidenten Pompidou davon zu überzeugen, dass Großbritannien der EWG beitreten sollte.

Helmut Schmidt wurde im Mai 1974 Bundeskanzler. Nach dem Ende des Bretton Woods Systems erschütterte eine Währungskrise nach der anderen vor allem Italien, Frankreich und auch Großbritannien – und Deutschland sollte sie lösen – z.B. durch Aufwertungen. Und damals gab es noch keinen Euro!

Hans-Dietrich Genscher wurde im Mai 1974 Außenminister. Niemand ahnte damals, dass er unserem Hause für 18 Jahre erhalten bleiben sollte. Wenn ich in einem Wort zusammen fassen sollte, wie er Vertrauen für die deutsche Außenpolitik gewonnen hat, dann mit dem Wort „Berechenbarkeit“. Und in einer immer weniger berechenbaren Welt darf man gerne wieder an diese Form der Vertrauensbildung erinnern.

Die Beziehungen zum Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland waren in den Bonner Jahren

stets von höchster Priorität. Als eine der vier Siegermächte, von denen drei zu Partnern und Schutzmächten im kalten Krieg wurden, als Besatzungsmacht im geteilten Berlin hatten die Briten erheblichen Einfluss in Deutschland. Und ihr verantwortungsvoller Umgang damit hat sie zu zuverlässigen Freunden gemacht.

Die Versöhnung zwischen früheren Gegnern, die Partnerschaft in der NATO und eine immer engere wirtschaftliche Verflechtung führten zu einem Verhältnis, das auf allen Gebieten als freundschaftlich gekennzeichnet war - mit Ausnahme des Fußballs. Bei der letzten Fußball-WM allerdings wurde Deutschland in der britischen Presse bewundert – und zum Spiel gegen England hieß es in einer Zeitung nur „don't mention the score“!

Die Rheinarmee wurde von einer Besatzungsarmee zu einer Säule der deutsch-britischen Freundschaft und manche meinen, der erfolgreichsten deutsch- britischen Heiratsvermittlung.

Schon 1951 begann auch ein intensiver Dialog auf der Ebene, die wir heute „Zivilgesellschaft“ nennen. Die Königswinter-Konferenzen mit inzwischen drei zusätzlichen Formaten: Young Königswinter, Economic Königswinter und Defence Königswinter - sind auch nach 50 Jahren immer noch ein wertvoller Anlass zur offenen und freien Debatte von allen deutsch-britischen Themen.

Wenn es Irritationen über die britische Politik bei uns gab, dann hatte das mit der sehr ambivalenten Haltung zur europäischen Integration zu tun. Als Edward Heath sein Land in die EWG führte, gab es erheblichen Widerspruch aus der

Labour Party, später war es Margaret Thatcher, die mit dem geflügelten Wort „I want my money back“ eine neue Tradition einführte: jetzt wollen alle ihr „money back“, Deutschland eingeschlossen. Der ursprünglichen europäischen Idee entsprach das sicher nicht.

Meine Damen und Herren,

Wo steht das Vereinigte Königreich heute ?

Nach 13 Jahren Labour-Regierung hat Großbritannien seit etwas über einem Jahr die erste Koalitionsregierung seit dem zweiten Weltkrieg mit dem konservativen Premierminister David Cameron und dem Liberaldemokraten Nick Clegg als Vizepremier an der Spitze. Die letzte Koalition in Friedenszeiten wurde 1929 gebildet !

Die neue Regierung hatte einen guten Start, die Lage des Landes aber ist alles andere als einfach:

Seit 2008 hat Großbritannien erleben müssen, wie eine Säule nach der anderen seines Selbstverständnisses in Frage gestellt wurde:

- **die Bankenkrise stellte das vermeintliche Erfolgsmodell der Umstellung hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft gegründet auf die einseitige Konzentration auf einen leistungsfähigen Finanzsektor in Frage.**
- **der Skandal um Abrechnungen von Ausgaben der Parlamentarier erschütterte das Vertrauen in das Parlament und die Politik.**

- **die Enthüllungen über die Tatsache, dass Rupert Murdoch's Presse systematisch bis in die königliche Familie hinein abhörte und durch ihre robusten Methoden selbst Premierminister wie Gordon Brown in Furcht versetzte, hat Zweifel an der Rolle der Presse geweckt.**
- **noch kaum absehbar ist der Schaden, der dem Ansehen der Polizei entsteht, nachdem herauskam, wie eng sie mit der Murdoch- Presse zusammenarbeitete und dafür erhebliche Schmiergelder erhielt.**

Eigentlich reicht das schon für eine veritable

Legitimationskrise der Politik. Und es sicher kein Zufall, dass man selbst im im Mutterland der repräsentativen Demokratie zu verzweifeln begann und nach anderen Legitimationsquellen suchte. So erklärt sich für mich auch der manchmal etwas

populistische Ruf nach Referenden, als wenn diese demokratischer wären als wohlüberlegte Parlamentsentscheidungen.

Die tief verwurzelte demokratische Tradition Großbritanniens zeigt aber auch die Wege zur Korrektur auf:

- **Die Korruption bei der Polizei hat bereits zu ersten gerichtlichen Schritten geführt. Es ist zwar noch nicht zu erkennen, welche strukturellen Änderungen kommen werden, die Notwendigkeit ist aber erkannt.**
- **die enge Verflechtung von Murdoch-Presse und Politik sowohl unter Tony Blair als auch unter David Cameron war kein Geheimnis. Aber der Abhör-Skandal hat eine offene Debatte darüber ausgelöst, wer das Land wirklich regiert. In Zukunft wollen alle Parteien verhindern, dass**

**erneut solche Machtpositionen in der vierten Gewalt
aufgebaut werden.**

**Eine britische Zeitung verglich sogar die jüngste
Entwicklung mit der Revolution in der arabischen Welt:
es gäbe ein Gefühl der Befreiung von einem Pressdiktator,
viele Politiker trauten sich erstmals zu gestehen, welche
Angst sie vor Murdoch hatten - und aus guten Gründen,
denn die Boulevardpresse konnte und wollte jede
Karriere, jeden guten Ruf zerstören, die ihr nicht passte.**

**Ich bin zuversichtlich, dass die Pressefreiheit bei der
notwendigen Neujustierung nicht auf der Strecke bleibt.**

**Investigativer Journalismus wird weiter wichtig sein – und
hat ja auch zur Aufklärung des Skandals geführt – aber
intrusiver Journalismus wird vielleicht etwas
zurückgestutzt werden.**

- **der Skandal im Parlament wird gerichtlich und politisch aufgearbeitet. Eine politische Folge war, dass das im Mai 2010 neu gewählte Unterhaus so viele neue Gesichter hat wie selten zuvor.**
- **die britische Regierung hatte noch unter PM Brown auf eine schnelle internationale Krisenreaktion im Rahmen der G20 hingewirkt. Sie hat auch dringende Maßnahmen der EU mitgetragen, selbst wenn das manchem Euroskeptiker in London nicht gefiel. Und sie hat im Finanzsektor ein Umsteuern begonnen.**

Zentrales Ziel der jetzigen Regierung ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in GBR und die wirtschaftliche Erholung. Durch erhebliche Stimuli während der Finanzkrise war das Defizit auf etwa 13% angestiegen. Die neue Regierung

setzt auf strikte Austerity-Politik. Fast 500000 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes werden entlassen, Ministerien müssen zwischen 25% und 40% binnen vier Jahren einsparen.

London wird den Finanzsektor wieder stärker regulieren.

Banken sollen gegen Krisen widerstandsfähiger gemacht werden. Anforderungen an Mindestkapital werden strenger.

Die Bankenaufsicht wird jetzt von der Bank of England wahrgenommen.

Die Kommunen bekommen mehr Rechte und

Verantwortlichkeiten, aber erheblich weniger Geld. In den letzten Quartalen gab es schwaches Wachstum und einen deutlichen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen auf etwa 8 ½ Prozent.

Alles dies verstärkt in der Bevölkerung das Gefühl, für die Fehler des Finanzsektors aufkommen zu müssen, wo

Spitzenmanager nach wie vor im Jahr mehr Einkommen haben als ein Normalbürger als Lebenseinkommen erzielen kann.

Die britische Regierung strebt ein neues Wachstumsmodell an, wo neben Dienstleistungen auch die Industrie und das Handwerk wieder eine größere Rolle spielen sollen. Derzeit werden nur etwa 13% des BIP dort erwirtschaftet, im Vergleich zu über 25% in Deutschland.

Auch das Militär muss trotz wachsenden Engagements in vielen Teilen der Welt erheblich einsparen. Mehr denn je ist britische Sicherheitspolitik auf Kooperation mit anderen angewiesen.

„Punching above weight“ war ein Grundsatz britischer Außenpolitik, der lange funktioniert hat. „Punching above

budget“ wird sicher nicht so leicht zu bewerkstelligen sein.

Meine Damen und Herren,

Zur Außenpolitik im Allgemeinen steht kaum ein Wort im britischen Koalitionsvertrag. Dies darf als Hinweis darauf gelten, dass das Thema in den Verhandlungen im Mai 2010 weitgehend unstrittig war. Die wichtigsten Fundamente der britischen Außenpolitik sind im Grunde unverändert geblieben:

Die traditionelle „special relationship“ mit den USA bleibt eine Konstante für die Außenpolitik des Vereinigten Königreichs. PM Cameron gebrauchte den Begriff „essential partnership“ statt des bisherigen „special relationship“. Dies wurde beim Staatsbesuch des amerikanischen Präsidenten im Mai erneut unterstrichen. London stimmt sich mit

Washington in allen wichtigen Themen engstens ab. Vor allem die Zusammenarbeit der Geheimdienste und die militärische Sonderbeziehung auch auf dem Sektor der Nuklearwaffen bleibt einzigartig.

In der NATO, der EU, als Vetomacht im Sicherheitsrat oder als Mitglied von G8 und G20 beteiligt sich Großbritannien sehr aktiv und sucht die Debatten maßgeblich zu beeinflussen. Der traditionelle Anspruch der Meinungsführerschaft in internationalen Themen wird auch von AM Hague und PM Cameron kalt und selbstbewusst vertreten.

Außenminister Hague denkt stark in nationalen Kategorien. Multilateralismus sieht er als eine Chance, britische Interessen zu verstärken und effizienter umzusetzen. Und die EU sieht er als eine multilaterale Organisation mehr, die in diesem Sinne durchaus positiv wirken kann.

Die Haltung der Liberaldemokraten, abgekürzt LibDems, ist wesentlich europafreundlicher und gegenüber nationalen Alleingängen viel skeptischer. Aber sie bestimmen die Außenpolitik nicht wirklich maßgeblich mit.

William Hagues ausgeprägter Bilateralismus bedeutet aber auch, dass der britische Außenminister bilaterale Partner benötigt. Seine Instinkte lassen ihn zuerst im Commonwealth suchen, sein ausgeprägter Realismus aber sagt ihm, dass er vor allem in Paris und Berlin um Partner werben muss. Und so kann man sagen, dass die Intensität unseres außenpolitischen Dialogs sich mit der neuen Koalitionsregierung eher noch verstärkt hat.

Das Verteidigungsabkommen zwischen London und Paris reflektiert die Notwendigkeit engerer Kooperation angesichts der Zwänge des Haushalts. Das Abkommen ist sehr

pragmatisch: man prüft, wo die Kooperation etwas verspricht und probiert es aus. Mit der Rückkehr Frankreichs in die NATO-Integration ist zwischen beiden Ländern ein wichtiger Streitpunkt entfallen. Wir begrüßen das Abkommen, weil es zu mehr Kohärenz zwischen den beiden wichtigsten Partnern in der NATO führt. Im Übrigen betonen beide Partner, dass die Kooperation auch offen für Dritte sein soll. Hinter vorgehaltener Hand fragt man sich aber, ob die Deutschen zu frühzeitigen gemeinsamen Einsatzvorbereitungen und schnellen Entscheidungen fähig sind.

Wenn heute Deutsche und Briten über Außenpolitik sprechen, dann spielen bilaterale Fragen praktisch keine Rolle. Es geht immer um Probleme im internationalen System, um Krisen in „failed oder failing states“, um internationale Bedrohungen wie Terrorismus oder Cyberwar und um gemeinsame

Aktionen in Krisenregionen. Deutschland und Großbritannien sind enge Partner in Afghanistan. Das Verhältnis dort war nicht immer frei von Spannungen. Die frühere Labour-Regierung hatte immer wieder die caveats bedauert, die es deutschen Truppen angeblich versagten, den Alliierten effizient zu helfen. Der konservative Verteidigungsminister Liam Fox hatte sich in der Opposition ebenfalls kritisch geäußert – setzt aber jetzt auf gute Zusammenarbeit mit uns.

Deutschland und Großbritannien engagieren sich militärisch, politisch und in der Entwicklungshilfe in Afghanistan.

Großbritannien, der zweitgrößte und Deutschland, der drittgrößte Truppensteller sind Teil der Internationalen Kontaktgruppe, einer Kerngruppe an Staaten, die die afghanische Regierung bei den anstehenden Herausforderungen unterstützen.

Im Januar 2010 fand eine internationale Afghanistankonferenz in London statt. Präsident Karzai hat uns gebeten, im Dezember, 10 Jahre nach der Petersberg-Konferenz eine zweite internationale Konferenz zu organisieren, die einen politischen Rahmen für die Zukunft Afghanistans entwickeln soll.

Die Entwicklung in der arabischen Welt, der sogenannte „arabische Frühling“, hat die Briten nicht weniger überrascht als uns. Jeder wusste, dass die Situation nicht stabil war, aber niemand ahnte, wie schnell der Wandel kommen würde. Der Wandel kommt nicht ohne Risiken. Dennoch sind wir uns mit dem Vereinigten Königreich einig, dass wir alles tun müssen um die aufkeimenden Demokratien dort – wie in Tunesien und Ägypten - zu stärken. So gab es einen gemeinsamen Brief von AM Westerwelle und AM Hague an die EU-Kommission

zugunsten von Handelserleichterungen für diese Länder.

Was die Entwicklungen in Libyen angeht, sieht sich Großbritannien seit Beginn der Krise in einer führenden Rolle bei der Gestaltung des internationalen Engagements.

Großbritannien spielte bei der Formulierung der VN-SR-Resolution 1973 eine zentrale Rolle und beteiligt sich an der militärischen Durchsetzung der Resolution.

Unsere Haltung wird respektiert, aber nicht wirklich verstanden – zumal das Eingreifen in Libyen im britischen Unterhaus auch die Unterstützung der Opposition erhielt.

Die britische Regierung sieht Deutschland aber inzwischen als wichtigen Mitspieler bei der Lösung der Krise, wobei sogar die Tatsache, dass wir nicht an den Bombardierungen beteiligt sind, als deutscher Vorteil für eine Rolle im Libyen nach

Ghadafi gesehen wird. Als Mitglieder der internationalen Libyen Kontaktgruppe stehen Großbritannien und Deutschland im engen Kontakt mit dem Nationalen Übergangsrat in Benghazi.

In Bezug auf Syrien arbeiten wir ebenfalls eng zusammen, sowohl bei den Sanktionsbeschlüssen der EU, wie auch im VN- Sicherheitsrat, wo Deutschland ja gerade jetzt den Vorsitz hat.

In der Nahostpolitik arbeiten beide an der Reaktivierung des Quartetts und an einem Rahmen für Verhandlungen zu den sogenannten Endstatus-Themen (Grenzen, Sicherheits-Arrangements, Flüchtlinge und Jerusalem).

Die Vorreiterrolle beim Erreichen der internationalen Ziele für Entwicklungshilfe (0,7%-Ziel) und bei den sog. „millenium

goals“ wird von PM Cameron ähnlich intensiv verfolgt wie von den früheren Regierungen Blair und Brown.

Die Export- und Investitionsförderung wurde zum Leitmotiv der Außenpolitik erhoben: PM Cameron reiste nach Indien, China und an den Golf, sein Stellvertreter Nick Clegg nach Brasilien, um offensiv für britische Exporte und für Investitionen in Großbritannien zu werben.

Die Notwendigkeit, die britischen Exporte zu verstärken, bestimmt derzeit gerade auch die britische China-Politik. Bei dem kürzlichen Besuch des chinesischen Premierministers Wen Jiabao in Großbritannien (25.-27.06.) wurden insgesamt Verträge in Höhe von 1,5 Mrd. € unterzeichnet. Für die britische Wirtschaft war das ein wichtiger Durchbruch, auch wenn sie noch weit vom Stand des deutsch-chinesischen Austausches entfernt ist.

Die britische Regierung und die Bundesregierung haben ein gemeinsames Interesse an einer effektiven und strategisch ausgerichteten China-Politik der EU. Das schließt Menschenrechtsfragen ebenso ein wie Probleme der Respektierung von geistigem Eigentum oder den Investitionsbedingungen in China.

Die Koalition in London hat auch die britische Russlandpolitik nach langer Pause wieder aktiviert. Russland wird als wichtiger Partner in Fragen internationaler Sicherheit, als wichtiger Spieler im Nahen Osten, als Partner bei Terrorismus-Bekämpfung und als wichtig für die militärische Logistik in Afghanistan angesehen. Die Handelsbeziehungen sollen ausgebaut werden. Dies soll aber auch mit klaren Stellungnahmen zu Menschenrechten und zur Freiheit in Russland einhergehen.

In der Gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik haben wir viele gleichgerichtete Interessen, aber nicht immer gleichgerichtete Vorgehensweisen. Im Unterschied zur allgemeinen Außenpolitik ist die Europapolitik Gegenstand der Koalitionsvereinbarung.

Dies ist einerseits dem Einfluss des liberalen und prinzipiell europafreundlicheren Koalitionspartners geschuldet.

Andererseits ist bei den Tories die Erinnerung an die fatalen internen Konflikte der Konservativen über die Europapolitik unter Thatcher, Major und William Hague als Parteichef noch frisch.

Unter der Führung von David Cameron haben die Konservativen schon vor den Wahlen einen deutlichen europapolitischen Kurswechsel vollzogen, um diesen Konflikten vorzubeugen. Insbesondere wurde die Forderung

**vieler Tories nach einem Referendum über den Lissabon-
Vertrag auch nach Ratifizierung klar zurück gewiesen. Seit
ihrem Amtsantritt bemüht sich die Regierung,
innenpolitischen Streit über Europa zu vermeiden und in der
EU eine konstruktive Rolle einzunehmen.**

**PM Cameron weiß, dass der Wohlstand in Großbritannien
ganz wesentlich von den Entwicklungen in der ganzen EU
abhängt. Er betont immer wieder öffentlich, dass die Stabilität
des Euro für Großbritannien entscheidend ist, auch wenn es
nicht Mitglied der Eurozone ist und sich nicht an finanziellen
Mechanismen beteiligt, die innerhalb der Eurozone gelten
sollen.**

**In der Schuldenkrise von Ländern der Eurozone hat sich die
britische Regierung durchaus verantwortungsvoll verhalten:**

- **sie hat der Vertragsänderung zur Einrichtung des permanenten Krisenmechanismus der Eurozone, dem ESM, ab 2013 zugestimmt.**
- **London hat auch die Entscheidungen zum Einsatz des Europäischen Finanz- Stabilisierungsmechanismus zur Finanzierung der Krisenländer mitgetragen.**
- **Und London unterstützt auch die Ziele des Paktes für den Euro plus und die Verschärfung des Stabilitätspaktes, ohne selbst Mitglied zu sein.**

Die britische Europapolitik verfolgt aktiv das Ziel, insbesondere den Markt für Dienstleistungen weiter zu liberalisieren und Wachstumshemmnisse, wie etwa das Fehlen einheitlicher Regeln für den Online-Handel oder für ein europäisches Patent, aus dem Weg zu räumen. Deutschland

und Großbritannien ziehen dabei an einem Strang.

Gerade bei Fragen der Entwicklung des Binnenmarktes und der europäischen Wettbewerbsfähigkeit deckt sich unser Interesse mit dem wohlverstandenen nationalen Interesse der Briten. Und ich glaube, das liegt auch im gesamteuropäischen Interesse.

Wer sich je mit Europa befasst hat, weiß, dass die Verhandlungen über den mittelfristigen Finanzrahmen, wie das jetzt heißt - früher war das die finanzielle Vorausschau - immer zu den schwierigen Belastungsproben der Union gehörten.

Deutschland und Großbritannien sind gemeinsam mit einigen anderen Partnern überzeugt, dass in Zeiten von Austerity-Haushalten auch die EU strikt haushalten muss. Wir wollen

eine klare Begrenzung des EU-Haushalts ab 2014 auf 1% des Brutto-National-Einkommens. Die Briten teilen dieses Ziel – am liebsten würden sie diesen Satz noch unterschreiten. Und wenn es um Begrenzung der Ausgaben der Haupt-Nettozahler geht, halten die Briten strikt an ihrem Rabatt fest.

Deutschland wird darauf drängen, dass sich seine Nettozahlerposition nicht weiter verschlechtert. Hier werden wir einen langen Weg mit den Briten gemeinsam gehen können, solange dort niemand der Versuchung erliegt, den eigenen Rabatt mit Konzessionen an andere auf deutsche Kosten zu verbinden.

Die Krise in einigen Eurostaaten hat die Skepsis gegenüber dem ganzen europäischen Projekt im Vereinigten Königreich noch verstärkt. Das gerade beschlossene Gesetz, das für jede weitere Übertragung von Kompetenzen an Brüssel, selbst in

Fragen geringerer Bedeutung, ein Referendum vorschreibt, macht Fortschritte in der Union mit Großbritannien sehr schwer.

Viele in Großbritannien sind überzeugt, dass Europa sie zwar braucht, sie aber auch ganz gut ohne Europa zurecht kommen könnten. Mehr denn je sind wir gefordert, dem klar zu widersprechen und zu zeigen, welche Chancen Europa gerade auch den Briten bieten kann. Vielleicht ist der Niedergang der Murdoch-Presse, die auf diese Fragen einen fatalen negativen Einfluss hatte, eine Chance dafür, pro-EU- Stimmen auch öffentlich wieder mehr zur Geltung zu bringen.

Deutschland wird erstaunlicherweise jetzt schon über mehrere Jahre bei BBC- Umfragen als das beliebteste europäische Land angesehen. Die gegenwärtige gute Wirtschaftslage in Deutschland hat das Interesse an uns deutlich erhöht.

Vielleicht kann das helfen, unseren Positionen auch zu Europa in Zukunft mehr Gehör zu verschaffen.

Die Bedingungen für eine noch stärkere Zusammenarbeit mit unseren britischen Freunden sind gut. Die Bundeskanzlerin hat ein sehr gutes Verhältnis zu PM Cameron entwickelt. Die Kontakte sind sehr eng, sei es bei Begegnungen oder durch Telefon- und Videokonferenzen. Der Premierminister hat sich mit der Bundeskanzlerin auf seinem Landsitz in Chequers viel Zeit genommen, um offen über alle Fragen gemeinsamen Interesses zu sprechen. Demnächst werden die beiden Außenminister sich in Chevening, dem Landsitz des britischen Außenministers, treffen. Die Chemie stimmt – und das ist in schwierigen Zeiten besonders wichtig.

„Quo vadis Britannia?“ -Ich bin sicher, dass Großbritannien weiter einer unserer wichtigsten außen- und sicherheits-

politischen Partner in Europa und in der NATO bleiben wird.

Und nach wie vor können wir viel voneinander lernen.

Vielen Dank.